



ARD: Aus Fehlern gelernt?

Es war ein langwieriger und schwieriger Prozess. Doch das Ergebnis ist erfreulich: Anne Will wird Nachfolgerin von Sabine Christiansen und wird von September an Deutschlands erfolgreichsten Polit-Talk moderieren.

Rückblende: Die ARD jubelte, als sie Günther Jauch als Christiansen-Nachfolger benannte, noch bevor die Verträge unterzeichnet waren. Der Jubel war verfrüht, denn eine Tücke dieses föderalen Systems ist, dass viele Entscheider ein Wörtchen mitzureden haben. Es kam, wie es kommen musste: Jauch sagte der ARD wieder ab.

Sucht man nach dem oder der Besten, ist es völlig legitim sich auch bei den Privatsendern umzuschauen. Aber sollten nicht vorher die eigenen Reihen gesichtet werden? Was man an Anne Will, Sandra Maischberger und Frank Plasberg hat, sollte die ARD schon lange wissen. Und Fritz Pleitgen wollte den „Hart aber fair“-Moderator Plasberg längst im Ersten sehen. Dies ist ihm nun auch gelungen. „Nebenprodukt“ der Personalie Will ist, dass Plasberg von 2008 an einen eigenen Talk im Ersten zur besten Sendezeit bekommen soll. Schade nur, dass diese Entscheidung offenbar nicht der Einsicht entspringt, dass das Politische in der ARD wieder gestärkt werden muss.

Die ARD ist in die Jahre gekommen, genau genommen wird sie bald 58 Jahre alt. In dieser Zeit war sie ein Garant für Meinungsvielfalt und ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Dass sie genau dies bleibt, ist in einer digitalen Medienwelt wichtiger denn je. Doch besonders die Krisen der vergangenen Jahre (Schleichwerbeskandale, Ullrich-Verträge etc.) haben gezeigt, dass es überfällig ist, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Die ARD muss eine Föderalismusdebatte führen - nicht um ihr föderales System in Frage zu stellen, aber um es den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Die ARD sollte sich dabei auf ihre Stärken besinnen und ihre Informationsprogramme ausbauen. Die Forderung nach Qualität und Quote ist zwar nicht neu, bleibt aber richtig. Die Frage, ob ein Mehr an Krimis, Liebeschnulzen und Volksmusik noch zur Grundversorgung gehören, muss gestellt werden.

Auf den ersten Blick wirken die aktuellen Personal- und Programmentscheidungen, als hätte man aus Fehlern gelernt. Verfestigen würde sich dieser Eindruck, wenn beispielsweise die Kürzung der Politmagazine rückgängig gemacht und ihnen ein früherer Sendebeginn gegönnt würde. Doch fürs Erste ist mit Will und Plasberg ein Schritt in die richtige Richtung geglückt.

Michael Sommer

Inhalt

ARD	2
ZDF	4
Private	5
Medienpolitik	6
Aus den Ländern	7
Print	8
Allgemeines	9
Zum Schluss	10
Impressum	10

ARD 

Christiansen-Nachfolge entschieden: Anne Will wird's machen

Die vierzigjährige „Tagesthemen“-Moderatorin Anne Will wird von September an als Nachfolgerin von Sabine Christiansen die politische ARD-Talkshow am Sonntagabend moderieren. Das beschlossen die ARD-Intendanten bei ihrer letzten Sitzung einmütig.

Auch WDR-Moderator Frank Plasberg (49), der ebenfalls für die Christiansen-Nachfolge im Gespräch war, erhält ab 2008 einen eigenen Sendeplatz im Ersten. Details stehen noch nicht fest, Vorschläge für ein Format soll die Fernsehprogrammkonferenz entwickeln. Die Intendanten waren sich jedoch einig, dass Plasbergs Sendung mindestens 60 Minuten lang sein soll und an einem Wochentag in der Zeit von Dienstag bis Freitag im Zeitraum nach der „Tagesschau“ und vor den „Tagesthemen“ gesendet werden soll.

Nach der Absage von Günther Jauch hatte die ARD in den eigenen Reihen nach einer neuen Lösung für den Sonntagabend-Termin um 21.45 Uhr gesucht, der künftig nicht mehr wie bisher der Unterhaltung, sondern als Politiksendung den Chefredakteuren zugeordnet wird. Neben Will und Plasberg war bis zuletzt auch Sandra Maischberger im Rennen, die in einer „Spiegel“-Umfrage mit 30 Prozent Zustimmung der Zuschauer knapp vor Will (26 Prozent) und Plasberg (23 Prozent) lag.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer trauten die Moderation am ehesten einem ganz anderen zu. Laut einer repräsentativen „Focus“-Umfrage sprachen sich 61 Prozent für den ehemaligen „Tagesthemen“-Moderator Ulrich Wickert aus. 59 Prozent votierten bei „Focus“ für Sandra Maischberger. Für Reinhold Beckmann stimmten 42 Prozent, für Anne Will 39 Prozent und für Gabi Bauer 31 Prozent. Harald Schmidt kam auf 30 Prozent, Frank Plasberg sowie Michel Friedman auf 20 Prozent.

Günther Jauch hatte seine Absage vom 11. Januar unter anderem damit begründet, dass er als Moderator bei der Zuständigkeit der Chefredakteure dem ständigen Risiko ausgesetzt sei, zum Spielball der politischen „Farbenlehre“ innerhalb der ARD zu werden. Dies spreche gegen seine Auffassung von „innerer Freiheit und äußerer Unabhängigkeit“. Jauch kritisierte auch, dass die ARD darauf gedrungen habe, ihm ein weiteres Format anzudienen. Außerdem passten dem 50-Jährigen die vielen ARD-internen Kritiker an seiner Verpflichtung nicht.

Doping: WDR richtet Fachredaktion ein

Für die ARD-Berichterstattung über Dopingfälle im Sport richtet der WDR eine zentrale Doping-Fachredaktion ein. Ziel sei es, die Kompetenz innerhalb der ARD zum Thema Doping zu bündeln und ressortübergreifend zum Einsatz zu bringen. Dies hatte WDR-Intendant Fritz Pleitgen angeregt.

Zu den Aufgaben der aus zwei festen Redakteuren und drei freien Mitarbeitern bestehenden Redaktion zählt die inhaltliche und personelle Unterstützung der Reporter-Teams bei Olympischen Spielen, Weltmeisterschaften oder auch der Tour de France. Die Redaktion werde investigativ arbeiten und auch andere ARD-Formate wie etwa „Monitor“ bedienen. In der Vergangenheit war der ARD besonders im Zusammenhang mit Radsportübertragungen vorgeworfen worden, zu unkritisch über das Dopingproblem zu berichten.

Den ARD-Film „Mission: Sauberer Sport. Doping-Fahnder im Einsatz.“ sahen am 17. Januar 2,5 Millionen Zuschauer (Marktanteil: 8,2 Prozent). Anfang Juni vergangenen Jahres war einer der Autoren des Films, RBB-Reporter Hajo Seppelt, von der Konferenz der ARD-Sportdirektoren als Schwimmexperte des Ersten abgesetzt worden. Die Absetzung maßgeblich betrieben hatte Hagen Boßdorf, damals noch Sportkoordinator der ARD. Angeblich habe es „Kritik an seiner Berichterstattung gegeben“. Der tatsächliche Grund seiner Degradierung war eine private E-Mail an einen Kollegen, die ungewollt in einen Newsletter gelangte. In der E-Mail hatte Seppelt gemutmaßt, eine kritische Berichterstattung sei in der ARD nicht mehr möglich. Zitiert hatte diese Mutmaßung dann

Neuer ARD-Sprecher

Der Sprecher des Saarländischen Rundfunks Peter Meyer ist jetzt auch Leiter der ARD-Pressestelle. Mit dem Wechsel des ARD-Vorsitzes vom Bayerischen zum Saarländischen Rundfunk, wechselt auch die Zuständigkeit der ARD-Pressestelle.

Boßdorf klagt gegen ARD

Laut epd-Medien will der ARD-Sportkoordinator Hagen Boßdorf auf juristischem Wege die Verlängerung seines auslaufenden Vertrages erreichen. Wie epd aus ARD-Kreisen erfuhr, hat Boßdorf beim Arbeitsgericht München Klage gegen den Senderverbund erhoben. Ein erster Güutetermin ist Ende Januar gescheitert.

der Heidelberger Mikrobiologe Werner Franke in seiner Entgegnung auf eine Klage, welche die ARD und Hagen Boßdorf gegen ihn angestrengt hatten. Frankes Vorwurf lautete, die ARD unterstütze durch ihre unkritische Berichterstattung die Doping-Szene im Radsport indirekt. Hajo Seppelt war es, der die weit überhöhten Testosteronwerte des Tour-de-France-Siegers Floyd Landis publik machte.

Für seine Berichterstattung zum Thema Doping wurde Seppelt im November 2006 mit dem „Leuchtturm“-Preis des Vereins „Netzwerk Recherche“ ausgezeichnet. Er sei „eine Symbolfigur des seriösen Journalismus“, hieß es in der Begründung und stehe „für einen Sportjournalismus, der seine Seele noch nicht an die Unterhaltung verkauft hat“.

Keine „Presenter-Reportage“ in der ARD

Die ARD verzichtet auf das Vorhaben „Presenter-Reportage“. Die Chefredakteure der Landesrundfunkanstalten haben mehrheitlich beschlossen, dass die Einführung der Presenter-Reportage nicht zwingend notwendig sei, weil sie die Reihe „ARD exklusiv“ nicht zusätzlich bereichern und somit keinen Mehrwert schaffen würde.

In der „Presenter-Reportage“ sollte der Reporter selbst ins Bild rücken und seine recherchierte Geschichte dem Publikum vorstellen.

Einig seien sich die Chefredakteure darüber gewesen, dass sie künftig über die Informationsschiene am Montagabend im Gespräch bleiben sollten, so ARD-Chefredakteur Thomas Baumann. Die Mischung aus Reportage, Dokumentation und Magazin, die zu Jahresbeginn eingeführt wurde, habe sich bewährt. Nach unbestätigten Berichten wird es in der ARD jedoch möglicherweise bald eine Diskussion darüber geben, dass die ARD-Koordination Unterhaltung wieder auf den Montagabend Zugriff haben will, da sie den Sonntagabendtalk um 21.45 Uhr an die Zuständigkeit der Chefredakteure abgeben wird.

ARD: Neubesetzungen im Ausland

Der NDR besetzt einige Positionen in den ARD-Auslandsstudios neu. Thomas Berbner (41) wird anstelle von Christiane Meier vom WDR zum 1. Juli neuer Studioleiter in Washington, Klaus Scherer (45) geht als neuer Korrespondent in die US-Hauptstadt. Für den Hörfunk wechselt Anna Engelke (37) als Korrespondentin nach Washington. Sie folgt Georg Schwarte nach, der nach Hamburg zurückkommt. Neue Studioleiterin in Stockholm wird Claudia Buckenmaier (42). Ihr Vorgänger Tilmann Bünz kehrt zum NDR nach Hamburg zurück. Ins ARD-Studio London kommt Björn Staschen (33) als neuer Fernsehkorrespondent. Dort ist seit Ende 2006 eine Stelle vakant, weil Uwe Schwering zu diesem Zeitpunkt die Studioleitung von Sabine Reifenberg, die nach Hamburg zurückging, übernommen hat.

Unterhaltung in der ARD

Neu in der ARD wird im Jahr 2007 unter anderem ein Geschichtsquiz mit Jörg Pilawa sein. Außerdem im Programm: Vier Mal die „große Show der Naturwunder“, sechs Mal „Verstehen Sie Spaß?“, ein „Eurovision Dance Contest“, wieder eine „Pisa Show“, „Frag doch mal die Maus“ und jeweils sechs Mal „Musikantenstadl“ und die „Feste der Volksmusik“.

Öffentlich-Rechtliche vertreiben RTL-Rechte im Ausland

Alle neuen RTL-Produktionen werden künftig international von der Telepool GmbH, einer Tochter mehrerer öffentlich-rechtlicher Sender, vertrieben. Der mehrjährige Deal umfasst die internationalen Vertriebsrechte jenseits der deutschsprachigen Länder. Eingeschlossen sind alle neuen Produktionen, darunter „Die Anwälte“ mit Kai Wiesinger in seiner ersten Serienrolle und der große RTL-Film „Prager Botschaft“ über die historischen Ereignisse von 1989.

Die 1963 gegründete Telepool GmbH ist eine Tochter von BR, MDR, SWR und der Schweizerischen Radio- und Rundfunkgesellschaft (SRG SSR idée suisse). Sie vertreibt weltweit Produktionen ihrer Gesellschafter sowie anderer Programmanbieter.

Sieben Millionen Euro pro Jahr für Harald Schmidt?

Die Vertragsverlängerung von Harald Schmidt mit der ARD ist beschlossen. Dabei geht es um 43 Late-Night-Shows bis 2008. Laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sollen sich die Kosten auf bis zu sieben Millionen Euro belaufen. Ausgenommen von diesem Vertrag sind mögliche weitere Folgen des Ratespiels „Pssst“, das am 14. Februar mit zwölf Ausgaben startet, sowie der gemeinsame Auftritt mit dem Sportreporter Waldemar Hartmann bei den Olympischen Spielen in Peking. Schmidt soll der ARD weitgehende Exklusivität zugesagt haben.

Kulenkampff kritisiert ZDF

ARD-Unterhaltungskordinatorin Verena Kulenkampff kritisierte das ZDF, weil es ganz „unoriginell“ am angestammten Donnerstagabend auch Wissenssendungen gegen die ARD (unter anderem mit Pilawa-Shows) setzen will.

„Tatort“ auch im Radio

Der „Tatort“ soll künftig auch als Radioreihe laufen. Zwölf Mal pro Jahr soll der neue „radioTatort“ der ARD-Kulturprogramme für Hörerlebnisse sorgen. Jede Landesrundfunkanstalt entwerfe wie beim Fernseh Vorbild eigene Hauptfiguren und entwickle eigene Stücke, die als Originalhörspiele produziert und von allen Häusern der ARD ausgestrahlt würden.



ZDF will Gebührenerhöhung für HDTV-Technik anmelden

Das ZDF will nach einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ möglichst bald nach den Olympischen Spielen 2008 auf die hochauflösende Technik HDTV umstellen. „Wir berechnen gerade die Kosten und werden diese als Gebührenbedarf bei der KEF anmelden“, sagte Intendant Markus Schächter. Bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) muss bis April eine Erhöhung für die nächste Gebührenperiode von 2009 an beantragt werden. Die Sommerspiele in Peking sollen, wie im vergangenen Jahr angekündigt, bereits hochaufgelöst gesendet werden. Die HDTV-Technik (High Definition Television) sorgt für ein Fernsehbild, das schärfer und brillanter aussieht.

2007 werden Weichen gestellt

Das Jahr 2007 wird laut ZDF-Intendant Markus Schächter für die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ein Jahr der Weichenstellungen. Das Bundesverfassungsgericht müsse nach einer ARD-Klage über die Form der Gebührenerhebung zu einem Urteil kommen, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) werde von ARD und ZDF die Anmeldung für die kommende Gebührenperiode verlangen und ein neuer Rundfunkänderungsstaatsvertrag stehe zur Verabschiedung an.

Schächter kündigte an, in diesem Jahr das Programm des Senders vollends auf das Breitbildformat umzustellen. Im vergangenen Jahr ist ein Viertel der Sendungen im 16:9-Format ausgestrahlt worden.

Ausbau der Informationsschiene

Im Laufe des Jahres will das ZDF laut Intendant Schächter seinen Informationsanteil weiter steigern. Vorgesehen ist eine Dokumentationsschiene, die möglicherweise am Dienstag im Programm eingeführt werden könnte. Sie würde den 20.15-Uhr-Sendeplatz, der oft mit Dokumentationen gefüllt wird, ergänzen. Im Programm bietet der Mainzer Sender viele Reportagen und Dokumentationen aus Deutschland und dem Ausland an. „Informationskompetenz, identitätsstiftendes Erzählfernsehen aus der Lebenswelt der deutschen Zuschauer und Wissenschaftsprogramme mit Erkenntnisgewinn - das ist allein die Domäne der öffentlich-rechtlichen Sender“, sagte der Intendant.

Nach 27 Jahren wieder Politisches Kabarett im ZDF

Der ARD-„Scheibenwischer“ hat politsatirische Konkurrenz vom ZDF bekommen. Einmal pro Monat werden die Kabarettisten Georg Schramm und Urban Priol „Neues aus der Anstalt“ verkünden. Die erste Ausgabe am 23. Januar sahen um 22.15 Uhr 3,86 Millionen Zuschauer (16,6 Prozent).

In der Kulisse des Foyers einer psychiatrischen Tagesklinik richten Schramm und Priol das Augenmerk auf die nationale und internationale Politik. Sie werden dabei von jeweils wechselnden Kabarettisten unterstützt, die zu einem therapeutischen Kurzbesuch in die Klinik kommen. In der ersten Ausgabe waren es Dieter Hildebrandt, Jochen Malmsheimer, Rainald Grebe und Andreas Müller.

Mit „Neues aus der Anstalt“ nimmt das ZDF die Tradition regelmäßiger Politsatire-Sendungen wieder auf, die zuletzt Dieter Hildebrandt mit seinen „Notizen aus der Provinz“ von 1972 bis 1979 in 66 Ausgaben gepflegt hatte. Im Bundestagswahljahr 1980 mit dem Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß wurde die Sendung eingestellt, Hildebrandt wechselte zum Sender Freies Berlin und begründete den ARD-„Scheibenwischer“.

Übertragung der Fußball-EM ungeklärt

Laut ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender ist die Übertragung der Fußball-Europameisterschaft 2008 nach wie vor ungeklärt. ARD und ZDF seien nicht in der Lage, finanziell mehr zu bieten. Eine zügige Entscheidung sei jedoch wichtig, wenn der Produktionsapparat in ähnlichem Maß anlaufen sollte wie bei der vergangenen Fußball-WM.

„Sportstudio“ ohne Kerner

Johannes B. Kerner wird den ZDF-Klassiker „Das aktuelle Sportstudio“ 2007 nicht mehr moderieren, große Sportereignisse aber auch künftig kommentieren. Stattdessen will er sich auf seine großen Marken konzentrieren: seine Talksendung, die Reihe „Unsere Besten“ und sein neues Wissensformat. Drei Mal wird das ZDF Johannes B. Kerners Test „Wie schlau ist Deutschland?“ senden.

ZDF-Krimiserie zuerst im Internet

Das ZDF stellt Folgen seiner neuen Krimiserie „KDD – Kriminaldauerdienst“ bereits einen Tag vor der TV-Ausstrahlung ins Internet. Außerdem werden alte Folgen beliebig abrufbar sein.

Nach „Aufstand der Alten“ kommt „2057 - Unser Leben in der Zukunft“

Nach der sozialkritischen Zukunftsreihe „2030 - Aufstand der Alten“ wirft das ZDF in einem weiteren Dreiteiler einen technisch-naturwissenschaftlichen Blick in die Zukunft. „2057 - Unser Leben in der Zukunft“ ist eine Mischung aus Dokumentation und Spielszenen mit Computeranimation. Auf der Grundlage bereits laufender Forschungsprojekte und Gesprächen mit Hunderten von Wissenschaftlern entstand eine Kollage, die einen Eindruck davon vermittelt, was in 50 Jahren technisch möglich ist. Dabei reicht die Szenerie vom voll vernetzten Haus über intelligente Kleidung, die Gesundheitsdaten des Trägers weiterleitet, bis zur Transplantation von Herzen, die mit 3-D-Druckern gedruckt werden.

Das düstere Szenario des Dreiteilers „Aufstand der Alten“ halten die meisten Deutschen nach einer Umfrage für realistisch. 74 Prozent rechnen damit, dass es im Jahr 2030 Patienten erster und zweiter Klasse geben wird, wie eine FORSA-Umfrage im Auftrag des Finanzdienstleisters AWD ergab. Etwa jeder zweite Bundesbürger glaubt, dass die Krankenkassen allenfalls nur noch billigste Medikamente zahlen werden.

Etwa ein Drittel der zwischen 18 und 50 Jahre alten Befragten halten zudem einen deutlichen Anstieg der Selbstmordrate unter verzweifelten Rentnern für realistisch. 25 Prozent können sich vorstellen, dass Pflegebedürftige 2030 von Privatunternehmen in Dritte-Welt-Länder abgeschoben werden.

56 Prozent der Deutschen befürchten, dass es 2030 den Generationenvertrag nicht mehr geben wird. Zwei Drittel der Befragten sehen das Renteneinstiegalter bei 70 Jahren. Mit einer Einheitsrente von monatlich 560 Euro im Jahr 2030 rechnen 40 Prozent. 37 Prozent können sich vorstellen, dass ein Teil alter Menschen in Massenunterkünften leben wird.

„Der Aufstand der Alten“ wurde sehr kontrovers diskutiert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hatte die ZDF-Doku als kontraproduktiv bezeichnet. Sie habe bei vielen Menschen Zukunftsängste geschürt, erklärte die Organisation. Die Filmreihe hätte verschwiegen, dass ältere Menschen nicht nur ein Kostenfaktor seien, sondern vor allem Gewinn und Stütze für die Gesellschaft. Trotzdem habe der Dreiteiler auch einen positiven Effekt gehabt, denn er hätte die Öffentlichkeit mit den drohenden Auswirkungen des demografischen Wandels konfrontiert.



ProSiebenSat.1-Vorstand: Übernahmeangebot entspricht nicht dem Wert

Das Übernahmeangebot der Finanzinvestoren KKR und Permira an die ProSiebenSat.1-Minderheitsaktionäre entspricht nach Einschätzung der Konzernführung nicht dem wahren Wert der Aktien. Die Offerte von 22,45 Euro für die börsennotierten Vorzugsaktien genüge nach Einschätzung von Vorstand und Aufsichtsrat aber den gesetzlichen Vorschriften, teilte die ProSiebenSat.1 Media AG mit. „Eine Handlungsempfehlung an die Aktionäre, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen, wird von Vorstand und Aufsichtsrat nicht abgegeben.“

KKR und Permira hatten die ProSiebenSat.1-Mehrheit von einer Gruppe um den US-Milliardär Haim Saban übernommen. Dadurch waren die Finanzinvestoren auch zu einem Angebot an die freien Aktionäre verpflichtet. Dieses orientierte sich am Börsenkurs in den drei Monaten vor Bekanntwerden der Übernahme. Es bewegt sich unter dem aktuellen Kurs der Vorzugsaktien von 25 Euro.

Laut „SZ“ dürfen die Vorstandsmitglieder der ProSieben-Sat.1 Media AG, Guillaume de Posch, Lothar Lanz, Peter Christmann und Marcus Englert, mit einem Bonus in Mio-Höhe rechnen. Alt-Eigentümer Haim Saban will sich damit für den gelungenen Verkauf der Senderkette an Finanzinvestoren bedanken.

Mahr bei RTL Group

Der ehemalige Informationsdirektor von RTL, Hans Mahr, ist zur RTL Group zurückgekehrt. Er soll sich bei der Sender-Holding ums Osteuropageschäft und um Sportrechte kümmern.

Kirch-Gläubiger sollen erstmals Geld bekommen

Rund fünf Jahre nach der Insolvenz der KirchMedia erhalten die Gläubiger des einstigen Medienunternehmers Leo Kirch erstmals einen kleinen Teil ihrer Forderungen ausgezahlt. Bis Anfang Februar werde eine Abschlagszahlung von insgesamt rund 300 Millionen Euro überwiesen, sagte Insolvenzverwalter Michael Jaffé dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Die Forderungen belaufen sich derzeit noch auf rund 3,7 Milliarden Euro. Laut „Spiegel“ hätten die Außenstände unmittelbar nach der Pleite samt Schadensersatzforderungen rund zehn Milliarden Euro betragen. Zwischenzeitlich gab es aber Einigungen mit Großgläubigern wie den Hollywood-Studios Paramount und Columbia.

Zuletzt habe die Liste der Gläubiger noch etwa 1.900 Eintragungen umfasst. Die Deutsche Fußball Liga hatte das Gros ihrer Forderungen (insgesamt rund 400 Millionen Euro) erst unlängst für etwa 40 Millionen Euro an die HypoVereinsbank verkauft. Zur erwarteten Gesamtinsolvenzquote wollte Jaffé sich nicht äußern. Mit dem Ende des Verfahrens ist nicht vor 2013 zu rechnen.

Betty TV startet bei ProSiebenSat.1

In der Schweiz hat Betty den Test schon bestanden. Allerdings wurden dort bis Ende des Jahres gerade mal 8.000 Geräte verkauft. 20.000 hätten es sein sollen, zum Marktstart war von 50.000 die Rede. Seit Ende Januar gibt es die interaktive Fernbedienung nun auch in Deutschland. Mit Betty kann man - vorerst nur bei Programmen der Pro-Sieben-Gruppe - mitquizzern, Konzertkarten bestellen und so genannte Sofameilen sammeln, die in reale Prämien (Besuche im Fernsehstudio, Küchengeräte oder DVD-Player) umgetauscht werden. Der Datenaustausch erfolgt übers Telefon. Bis Ende 2007 will die Betty TV AG, ein Unternehmen der Swisscom, eine Million Bettys verkaufen. Laut „Süddeutscher Zeitung“ soll Betty vor allem Zapper bei Werbung vom Umschalten abhalten.

Start: The Biography Channel

The Biography Channel startet am 31. März in Deutschland. Das aus den USA stammende Programm enthält filmische Porträts über berühmte Persönlichkeiten. The Biography Channel, der 24 Stunden täglich im digitalen Pay-TV-Angebot von Kabel Deutschland auf Sendung sein soll, ist ein Joint Venture der US-Firma A&E Television Networks (AETN) und von NBC Universal Global Networks Deutschland. Beide verbreiten in Deutschland bereits den History Channel. Geschäftsführer beider Programmanbieter ist Andreas Weinek.

Gorny ist Aufsichtsratschef der Filmstiftung NRW

Der Viva-Gründer Dieter Gorny (53) ist zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Gorny, der 1993 den deutschen Musiksender Viva gegründet hatte und nach dessen Übernahme durch die zum Viacom-Konzern gehörende MTV-Gruppe an die Spitze dieser Senderkette aufgerückt war, tritt die Nachfolge des früheren Karstadt-Managers Bernd Hebbing an. Gesellschafter der Filmstiftung, die zu den größten europäischen Filmförderern gehört, sind das Land NRW, der WDR, das ZDF, RTL sowie die Landesanstalt für Medien.

Vox: Eigene Nachrichten

Von Februar an wird der in Köln ansässige Kanal Vox seine drei täglichen Nachrichtensendungen um 11 Uhr, 17.55 Uhr und um Mitternacht nach mehr als zwölf Jahren nicht mehr von „Spiegel TV“ in Hamburg, sondern von RTL und n-tv in Köln produzieren lassen. Für den Zuschauer ist dabei neu, dass keine Moderatoren mehr durch die Nachrichten führen. Stattdessen werden auf einem geteilten Bildschirm auf der linken Seite die aus dem „Off“ kommentierten Nachrichtenschnappbilder zu sehen sein und auf der anderen die Hauptschlagzeilen in schriftlicher Form.

terranoa nur noch digital

Der frei empfangbare TV-Sender terranoa will sich aus der analogen Ausstrahlung seines Programms zurückziehen. Künftig wird man nur noch digital über Kabel, Satellit und IPTV senden. Zusätzlich sollen terranoa-Sendungen von März an auch über On-Demand-Angebote im Internet angeboten werden.



Brüssel prüft Verfahren gegen Gebühreneinzugszentrale GEZ

Laut Süddeutscher Zeitung prüft die EU-Kommission in Brüssel, ob sie ein Verfahren wegen des Geschäftsgebarens der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) einleitet. Das bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium. Dabei geht es darum, ob die Gebührenüberwacher der Öffentlich-Rechtlichen selbst ein öffentliches Unternehmen sind. In diesem Fall müsste die GEZ Aufträge in der ganzen EU ausschreiben, was sie bisher nicht tut. Be-

schwert hatte sich ein Reinigungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen. Die Firma kam nach eigenen Angaben bei der GEZ nicht zum Zug, obwohl sie ein günstigeres Angebot gemacht habe als die Konkurrenz. Die EU-Prüfung wirft erneut ein Schlaglicht auf das Unternehmen. Ende Januar war bekannt geworden, dass die Wuppertaler Staatsanwaltschaft gegen Gebühreneintreiber wegen möglicher Bestechung ermittelt. Der Anfangsverdacht: Beschäftigte einer Computerfirma sollen Mitarbeiter der GEZ mit Geld und Einladungen zu Sportveranstaltungen und ins Rotlichtmilieu bestochen haben, um an Aufträge zu kommen.



Reitze bleibt hr-Intendant

Der Intendant des Hessischen Rundfunks (hr), Helmut Reitze ist für weitere sieben Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Bei der Sitzung des Rundfunkrats erhielt der 54-Jährige 23 von 26 möglichen Stimmen.

Reitze erklärte, er werde nach den tief greifenden Veränderungen und großen Sparanstrengungen der vergangenen Jahre stärker auf Kontinuität und Weiterentwicklung des Erreichten als auf radikalen Umbau setzen.

dju will Bericht zur sozialen Lage von JournalistInnen in Hessen vorlegen

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Hessen plant eine umfassende Untersuchung der Beschäftigungssituation und der sozialen Lage der Journalistinnen und Journalisten in Hessen. Anlass für die Untersuchung ist die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen. „In den hessischen Zeitungsverlagen gibt es eine deutliche Tendenz, Neueinstellungen von Redakteurinnen und Redakteuren nur noch unterhalb der bisherigen tariflichen Standards vorzunehmen“, sagte der hessische dju-Geschäftsführer Manfred Moos nach einer Klausurtagung der dju Mitte Januar.

Zahlreiche Medienunternehmen hätten die Tarifbindung durch Tariffucht beendet, andere stellten Journalistinnen und Journalisten nur noch in tariffreien Subunternehmen, per Leiharbeit oder als Scheinselbständige ein. Die Tarifeinkommen würden durch die neuen Beschäftigungsformen zum Teil um mehr als dreißig Prozent unterschritten.

Unverändert schlecht ist nach Beobachtungen der dju auch die Lage der freien Journalistinnen und Journalisten in Hessen. Hier spiele die seit Jahrzehnten andauernde Verweigerung der hessischen Zeitungsverleger zur Übernahme der bundesweiten Tarifregelungen eine wesentliche Rolle.

Den hessischen Zeitungsverlegern wirft die dju vor, bundesweit eine Vorreiterrolle beim Abbau von Sozialstandards zu spielen. Durch die Einführung einer „Mitgliedschaft ohne Tarifbindung“ beim Hessischen Zeitungsverlegerverband seien bei einigen Verlegern offenbar endgültig die Schamgrenzen gefallen.

Der dju-Bericht zur sozialen Lage der Journalistinnen und Journalisten in Hessen soll spätestens im Herbst im Rahmen des Landesmedientages der dju der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

WDR: Haushalt 2007

Der WDR-Etat für 2007 umfasst 1,33 Milliarden Euro, wobei 1,1 Milliarden durch Rundfunkgebühren eingenommen werden. Damit ist der Haushalt gegenüber dem WM- und Olympia-Jahr 2006 leicht gesunken. Laut Rundfunkratsvorsitzendem Reinhard Grätz werde man die Gebührenperiode 2008 mit einer schwarzen Null abschließen. Der WDR rechnet 2007 mit einem Überschuss in Höhe von 34,4 Millionen Euro.

Von den geplanten Aufwendungen in Höhe von 1,29 Milliarden Euro fließen 547,4 Millionen in die Fernseh- und Hörfunkprogramme. Darin enthalten sind auch 9,3 Millionen Euro Ausgaben für die Online-Angebote des Senders. Für Personalkosten und Altersversorgung werden 28,4 Prozent der Aufwendungen (369 Millionen Euro) ausgegeben.

Fernsehnutzungsdaten

Auf den Seiten von www.mediendaten.de sind aktuelle Daten zur Fernsehnutzung, zur Sehdauer und zu den Marktanteilen ausgewählter Sender aus dem Jahre 2006 und für das Bundesgebiet zu finden. Ergänzt werden diese Informationen mit Zahlen zu den Empfangspotenzialen in den Haushalten.

Kotsch wird RBB-Sprecher

Ralph Kotsch wird neuer Unternehmenssprecher des Rundfunk Berlin-Brandenburg. Der bisherige Medien-Ressortleiter der „Berliner Zeitung“ folgt auf Ulrich Anschutz, der eine freiberufliche Tätigkeit verfolgen wird.

Der WDR beschäftigt unverändert 4.371 Frauen und Männer. Allerdings wurde der Ausbau der Regionalprogramme - die neuen Lokalstudios in Bonn und Duisburg wurden vor einigen Tagen eröffnet - durch Stellenkürzungen an anderer Stelle sowie durch die Auflösung der „WDR Punkt“-Redaktionen in Köln und Dortmund erreicht.

WDR-Personalien

WDR-Intendant **Fritz Pleitgen** (68) übergibt sein Amt schon zum April an **Monika Piel** (55). Er wird Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhr 2010 GmbH. Die Ruhr 2010 GmbH plant die Veranstaltungen für das Jahr als Europäische Kulturhauptstadt 2010 in Essen und dem Ruhrgebiet. Pleitgen wird der ARD aber nicht verloren gehen, er soll ARD-Beauftragter für internationale Angelegenheiten werden.

Verena Kulenkampff (54) wechselt vom NDR zum WDR und wird dort neue Fernsehleiterin. Die ARD-Unterhaltungskordinatorin folgt auf **Ulrich Deppendorf** (57), der nach Berlin geht, um das ARD-Hauptstadtstudio zu leiten.

Denn **Thomas Roth** (56), der bisherige Leiter des ARD-Hauptstadtstudios geht zum 1. April als Korrespondent nach Moskau. Er war bereits 1991, 1993 und 1998 dort.

Wolfgang Schmitz (58), bisher Programmchef von WDR 5, wird neuer Hörfunkdirektor des WDR und folgt damit auf Monika Piel.

WDR-Sprecher **Rüdiger Oppers** (46) wechselt zur WAZ-Gruppe. Zum 1. März wird er stellvertretender Chefredakteur der „Neuen Ruhr Zeitung/Neuen Rhein Zeitung“. Seine spätere Berufung zum Chefredakteur ist bereits vertraglich vereinbart.

MDR will Defizit halbieren

Der MDR-Rundfunkrat hat den Wirtschaftsplan des Senders für das Geschäftsjahr 2007 genehmigt. Das Defizit wird 2007 voraussichtlich 22,2 Millionen Euro betragen. Diese Summe werde laut Senderangaben vollständig durch Gewinnrücklagen ausgeglichen. Im Vergleich zu 2006 werde sich das Defizit den Plänen zufolge fast halbieren. Als ein wesentlicher Grund dafür wurde genannt, dass es keine sportlichen Großereignisse gibt. Im Wirtschaftsplan 2006 betrug das Defizit 40,2 Millionen Euro.



Proteste gegen „Münstersche Zeitung“

Ende Januar demonstrierten rund 100 Menschen vor der Geschäftsstelle der „Münsterschen Zeitung“ (MZ). Am 19. Januar hatte der Verlag Lambert Lensing-Wolff die komplette Lokalredaktion vor die Tür gesetzt. Der Lokal- und Sportteil der Zeitung wird seither von einem neuen Team erstellt, dessen Redakteure nach Angaben des DJV weitgehend unter Tarif bezahlt werden. Den 19 Alt-Redakteuren droht nun die Kündigung.

Mit diesem Vorgang erreicht das Outsourcing, die Auslagerung journalistischer Arbeit aus den traditionellen Strukturen von Redaktion und Verlag, eine neue Dimension.

Die vor die Tür gesetzten MZ-Redakteure haben Zuflucht unter dem Dach der Kirche gefunden. Im Pfarrheim der Münsteraner Herz-Jesu-Gemeinde sitzen sie zusammen und beratschlagen über ihre ungewisse Zukunft.

Politiker aller Parteien solidarisieren sich mit der angestammten MZ-Lokalredaktion, werfen dem Dortmunder Verleger Lensing-Wolff „medienpolitische Entgleisung“ und einen „skandalösen Angriff auf Arbeitnehmerrechte“ vor. Selbst der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker kritisierte beim jüngsten Presseempfang seines Bistums „Leiharbeit und Outsourcing in Verlagswesen und Journalismus“.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Journalisten

Die Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt gegen insgesamt vier Journalisten wegen des Verdachts der Beihilfe zum Geheimnisverrat. Betroffen davon sind drei Redakteure der Illustrierten „Stern“ und ein Journalist der Tageszeitung „Financial Times Deutschland“. In beiden Fällen soll in Bezug auf den einst verschleppten Deutsch-Libanesen Khaled el Masri aus geheimen Unterlagen zitiert worden sein.

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) bewertet das Vorgehen der Behörden als „erneuten eklatanten Eingriff in die Freiheit der Presse“. Er forderte, den Straftatbestand des Dienstgeheimnisverrates abzuschaffen. Das Disziplinarrecht reiche völlig aus, teilte VDZ-Justiziar Dirk Platte in Berlin mit. „Für die wirklich geheimen Angelegenheiten

WAZ übernimmt Braunschweiger Zeitung komplett

Die WAZ-Mediengruppe hat die „Braunschweiger Zeitung“ nun vollständig übernommen. Die Verlegerfamilie Voigt übertrug am Montag 75 Prozent des Verlags an die WAZ. Eine Voranfrage beim Bundeskartellamt sei „positiv“ verlaufen, die Genehmigung werde für März erwartet.

gibt es ausreichend Straftatbestände wie den Landesverrat oder die Preisgabe von Staatsgeheimnissen.“ Der demokratische Rechtsstaat müsse endlich aufhören, seine undichten Stellen durch Verfolgung von Journalisten zu finden.

Frankfurter Rundschau: Sparprogramm kostet weitere 200 Stellen

(-mm) Nach schwierigen Verhandlungen haben sich Geschäftsführung und Betriebsrat der „Frankfurter Rundschau“ (FR) am 19. Januar auf einen Interessenausgleich und einen Sozialplan geeinigt.

Der Plan sieht den Abbau von weiteren rund 200 der zuletzt rund 750 Stellen vor. Seitens des Betriebsrates wird damit gerechnet, dass eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen Angebote zum freiwilligen Ausscheiden annehmen werden und dadurch die Zahl betriebsbedingten Kündigungen auf deutlich unter 50 beschränkt werden kann. Bestandteil der Vereinbarung ist auch die Einrichtung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Kolleginnen und Kollegen, die eine Kündigung erhalten.

Alle ursprünglich von Outsourcing bedrohten Bereiche, mit Ausnahme des IT-Bereichs und des Anzeigenverkaufs, verbleiben im Haus und unter den Tarifbedingungen der Druckindustrie und Verlagsbranche. In der Redaktion sollen 15 Stellen gestrichen werden, insbesondere bei den Außenredaktionen.

Die Verlagspolitik bei der FR wird seit Juli vergangenen Jahres wesentlich durch das Kölner Verlagshaus M. DuMont Schauberg (MDS) bestimmt. MDS hatte damals die Mehrheit (50 Prozent plus eine Stimme) an der „FR“ übernommen. Die SPD-Medienholding DDVG hält noch 40 Prozent, die Frankfurter Karl-Gerold-Stiftung zehn Prozent der Anteile.



Bereits zehn Journalisten getötet

Die Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) schlägt Alarm: Allein im vergangenen Monat wurden nach Angaben der Organisation weltweit zehn Medienvertreter getötet. Im vergangenen Jahr seien 81 Journalisten bei ihrer Arbeit ums Leben gekommen, 871 wurden inhaftiert - so viele wie seit 1994 nicht mehr, heißt es im ROG-Jahresbericht.

Franz Dillitzer und Gruner + Jahr trennen sich

Franz Dillitzer ist nicht mehr Geschäftsführer von Gruner + Jahr New Media Ventures. Die Trennung erfolgte einvernehmlich. Nachfolger wird zum 1. März Christoph Weger, bisher einer von zwei Geschäftsführern der „Financial Times Deutschland“. Bei der „FTD“ führt künftig Christoph Rühthel alleine die Geschäfte.

Kirch fordert Schadenersatz von der Deutschen Bank

Leo Kirchs Forderung gegen die Deutsche Bank beläuft sich auf 1,4 Milliarden Euro. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom Januar 2006, wonach Kirch grundsätzlich Schadenersatz fordern kann.



„Heuschrecken“ fressen ProSiebenSat.1 Media AG

Haim Saban hat den Münchner Medienkonzern billig aus der Konkursmasse des Medienmoguls Leo Kirch erworben. Mit einem satten Gewinn hat er die Aktienmehrheit am Konzern nun an die Finanzinvestoren Permira und Kohlberg Kravis Roberts (KKR) verkauft. Diese und ähnliche „Private-Equity-Firmen“ – so harmlos klingend bezeichnen sie sich selbst – hat Franz Müntefering wohl im Blick gehabt, als er vor den ‚Heuschrecken‘ in der bundesdeutschen Ökonomie warnte. „Eigenkapitalräuber“ nennt sie der Wirtschaftswissenschaftler Uwe Schneider von der TU Darmstadt, und der Wirtschaftsjournalist Heiner Sieger bezeichnet ihre Aktivitäten als „Raubzüge“. Und im Spiegel war zu lesen: „Ob Fernsehsender, Maschinenbauer oder Autozulieferer: Internationale Finanzinvestoren kaufen immer größere Teile der deutschen Wirtschaft auf. Die neuen Herren verfolgen drei Ziele: Profit. Profit. Profit.“ Das Prinzip dieser Firmen ist bekannt: Nicht die Ware, also auch nicht die Fernsehinhalte, interessieren sie, sondern die Frage, wie schnell man möglichst viel Kapital aus den gekauften Firmen ziehen kann. Sie verfolgen stets die gleiche Strategie: Fonds auflegen und weltweit privates Kapital einsammeln, mit diesem Kapital und mit Krediten Unternehmen bzw. Beteiligungen kaufen, durch rigide Rationalisierungsmaßnahmen („Verschlankung“ mit Personalabbau, Verkauf defizitärer Bereiche etc.) die Gewinne hochtreiben und eine Zeit lang abräumen (als lukrativ gilt eine Verzinsung zwischen 13 und 18 Prozent) und danach das Unternehmen mit einer hohen Gewinnmarge an den nächsten Investor weiter reichen. Verspricht eine Sanierung keinen Erfolg, wird das Unternehmen durch Abräumen des Firmenvermögens, teure Beraterverträge der Investoren und Zerschlagung ausgeschlachtet.

Mit der letztgenannten Strategie ist bei der ProSiebenSat.1 Media AG nicht zu rechnen, denn aus diesem Medienkonzern lässt sich noch viel Gewinn holen. Mit der Zusammenführung der Münchner Mediengruppe mit der Sendergruppe SBS Broadcasting, die Permira und KKR bereits vor einigen Monaten erworben haben, planen sie, „zum europäischen Fernsehkonzern Nummer eins“ aufzusteigen, so KKR-Manager Huth. Damit beginnt wohl ein gnadenloser Konkurrenzkampf mit der RTL-Group, die bisher mit großem Abstand diese Position einnimmt.

Michael Sommer hat – so im Vorwort des Dezember-medien-newsletter – gegen diese Konkurrenz nichts einzuwenden, solange die neuen Besitzer „qualitativ gute und politisch unabhängige Programme gewährleisten.“ Da schwingt ein Stück Hoffnung mit, das ich nicht teilen kann. Der Grundsatz, mit möglichst geringem personellen und finanziellen Aufwand ein Höchstmaß an Gewinn zu erzielen geht mit diesen hehren Vorstellungen nicht konform. Gekauft oder produziert und gesendet wird das Programm, das die beste Quote, also den größten Marktanteil und damit die höchsten Werbeeinnahmen bringt. Und dieses Programm kann schon mal die eine oder andere anspruchsvolle Sendung haben, zum Prinzip wird Qualität aber sicher nicht, weder im Unterhaltungs- noch im Informationsangebot.

Dem Springer-Verlag, gegen dessen Meinungsmacht auch ich noch Ende der 60er Jahre demonstriert habe, wurde die Übernahme kartellrechtlich verboten. Ich bin mir heute nicht so sicher, ob diese Entscheidung für die bundesdeutsche Medienlandschaft eine gute Entscheidung war. Das Geschäft des Springer-Verlags sind wenigstens noch die Medien, das Geschäft von Permira und KKR ist jede beliebige Ware, Hauptsache der Profit stimmt.

Dr. Fred Schell, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand
 Bereich Öffentlichkeitsarbeit
 Referat Medienpolitik
 Henriette-Herz-Platz 2
 10178 Berlin

Kontakt:

Marina Rižovski-Jansen
 0171.5476983
 rizovski@web.de